

Unterrichtung

durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union

Dreizehnte Tagung der Konferenz am 30. September und 1. Oktober 2019 in Helsinki

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Teilnehmende der deutschen Delegation	2
2 Einführung	2
3 Verlauf der Tagung	2
3.1 Sitzung I Zukunft der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion	3
3.2 Sitzung II Was folgt nach der Europa-2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung: neue Ziele und Indikatoren?	4
3.3 Sitzung III Anreize schaffen für öffentliche und private Investitionen in der EU	5
3.4 Sitzung IV Förderung von Innovationen für nachhaltiges Wachstum ..	7

1. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der dreizehnten Tagung der Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (SWKS-Konferenz) nahmen die folgenden Mitglieder des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU), Delegationsleiter

Abgeordneter **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU),

Abgeordnete **Dr. Birgit Malsack-Winkemann** (AfD),

Abgeordneter **Michael Theurer** (FDP), sowie

Abgeordnete **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bundesrat war vertreten durch:

Peter Strobel (CDU), Minister für Finanzen und Europa des Saarlandes, und **Stefan Ludwig** (DIE LINKE), Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

2. Einführung

Die Konferenz gründet sich auf Artikel 13 des Vertrages über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) vom 2. März 2012, in dem die Einrichtung einer regelmäßigen Konferenz zur Stärkung der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments (EP) festgelegt ist. Mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, der Tschechischen Republik und Kroatiens haben alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union den Vertrag unterzeichnet und verpflichten sich damit, einheitliche und dauerhaft verbindliche Haushaltsregeln in ihre nationalen Rechtsordnungen aufzunehmen, vorzugsweise auf Verfassungsebene.

Gemäß der Geschäftsordnung von November 2015 dient die Konferenz der Wahrnehmung der demokratischen Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und Haushaltspolitik in der EU und insbesondere der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) unter Berücksichtigung der sozialen Dimension, ohne jedoch in Zuständigkeiten der Parlamente in der EU einzugreifen. Darüber hinaus ist sie ein Instrument für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren in Bezug auf die Umsetzung der Bestimmung des Fiskalvertrags. Zu diesem Zweck treffen sich Vertreter der einschlägigen Ausschüsse zweimal im Jahr zu gemeinsamen Beratungen über haushalts-, wirtschafts- und finanzpolitische Themen. Die Tagungen im ersten Halbjahr finden im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche des EP in Brüssel statt, während die Herbsttagungen jeweils in demjenigen Land veranstaltet werden, das den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat.

Die Delegation des Deutschen Bundestages umfasst in der 19. Wahlperiode neun Abgeordnete, darunter befinden sich angesichts der Querschnittsaufgabe der Konferenz Mitglieder des Haushaltsausschusses, des Finanzausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft und Energie sowie des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Leiter der Delegation ist der Abgeordnete Dr. André Berghegger (CDU/CSU).

3. Verlauf der Tagung

Unter Leitung des Vorsitzenden des Finanzausschusses und des Wirtschaftsausschusses des finnischen Parlaments, **Johannes Koskinen** bzw. **Juhana Vartiainen**, fanden die Beratungen der dreizehnten Tagung der SWKS-Konferenz zu insgesamt vier Themenschwerpunkten statt. Der erste Konferenztag widmete sich in zwei Sitzungen dem Thema Zukunft der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Frage nach neuen Zielen und Indikatoren für eine Nachfolgerin der Europa-2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Die Debatten des zweiten Konferenztages befassten sich mit Anreizen für öffentliche und private Investitionen und der Förderung von Innovationen für nachhaltiges Wachstum.

Auf der Tagung waren Delegierte aus 24 Mitgliedstaaten sowie dem EP vertreten. Als Beobachter nahmen Abgeordnete der Beitrittskandidaten Montenegro, Serbien und der Türkei sowie aus Norwegen teil.

Die Redebeiträge der Konferenz lieferten u. a. **Klaus Regling**, der geschäftsführende Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), **Olli Rehn**, Präsident der Finnischen Zentralbank und ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission (KOM), **Jyrki Katainen**, amtierender Vizepräsident der KOM und zuständiger Kommissar für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit sowie die finnische Wirtschaftsministerin **Katri Kulmuni**.

3.1 Zukunft der wirtschaftspolitischen Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion

Klaus Regling geschäftsführender Direktor des ESM, betonte in seinem Einführungsvortrag, dass die Eurozone heute stärker und robuster als vor 10 Jahren sei. Aber die begonnenen Reformen müssten abgeschlossen werden. Zur Reform des ESM sagte er, dass die Letztsicherung (*Backstop*) bis 2023 eingeführt werde und dass der ESM in Kooperation mit der KOM eine größere Rolle in zukünftigen Anpassungsprogrammen spielen solle. Die vorsorgliche Kreditlinie (PCCL) werde effektiver ausgestaltet und die Schuldenrestrukturierung erleichtert. Der Prozess solle bis Ende des Jahres abgeschlossen werden, die Ratifizierung des neuen ESM-Vertrags benötige aber nochmal 12 bis 18 Monate. Der ESM solle langfristig in die Europäischen Verträge überführt werden, dies sei aber nur durch eine Primärrechtsänderung möglich. Ein Demokratiedefizit oder Mangel bei der Rechenschaftspflicht bestünden aber bei der aktuellen Konstruktion nicht. Im Zusammenhang mit anstehenden Reformen betonte Regling, dass es neben den aktuellen Vorschlägen zum Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit (BICC) noch ein Instrument zur makroökonomischen Stabilisierung bedürfe. Diese Instrumente könnten jedoch alle so ausgestaltet werden, dass sie nicht zu permanenten Transfers führten.

Marco Buti, Generaldirektor der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der KOM, warnte davor, dass sich die WWU verschiedenen externen (z. B. die Handelsstreitigkeiten) wie inneren (drohender *No-Deal Brexit*, divergierende Meinungen) Herausforderungen gegenübersehe. Diese könnten sich demnächst materialisieren und eine rasche und konsistente europäische Antwort erfordern. Geldpolitische wie fiskalische Antworten müssten mit notwendigen Strukturreformen Hand in Hand gehen. Die WWU-Architektur bleibe unvollständig: Die Bankenunion müsse mit der gemeinsamen europäischen Einlagensicherung (EDIS) und der Kapitalmarktunion vollendet werden. Neben den bereits konkretisierten Reformen des ESM und der Einführung eines BICC brauche es außerdem einen Mechanismus, der Investitionen absichere und eine Europäische Arbeitslosenversicherung. Wenn die angeführten Reformen nicht abgeschlossen würden, blockiere das die WWU dabei, andere ökonomische Ziele wie eine Stärkung der Rolle des Euros zu erreichen. Buti erklärte außerdem, dass es noch nicht klar sei, ob die Verschuldungsregeln nur angepasst oder überarbeitet werden sollen.

Olli Rehn, Präsident der Finnischen Zentralbank und ehemaliger Vizepräsident der KOM, betonte zunächst die positive Entwicklung des Wachstums und den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ein Abflauen der Weltwirtschaft und des Welthandels in jüngerer Zeit hätten allerdings ein weiteres Maßnahmenpaket der EZB erfordert, das Mario Draghi in der letzten EZB-Ratssitzung vorgestellt habe. In diesem Zusammenhang betonte Rehn, dass die Geldpolitik von angemessener Fiskalpolitik und entsprechenden Reformen ergänzt werden müsse. Ein effektives Zusammenwirken von Geld- und Fiskalpolitik könne den Rahmen für ökonomischen Wohlstand, soziale Inklusion und einen dauerhaft robusten Arbeitsmarkt setzen. Er plädierte für mehr Investitionen, v. a. in digitale Infrastruktur. Mit Blick auf die EZB betonte er, dass Unabhängigkeit nicht Isolation bedeute. Des Weiteren beschrieb er die fundamentalen ökonomischen Veränderungen, denen sich die EU gegenübersehe: niedrige Zinsen, niedrige Inflation und niedriges Wachstum. In Anbetracht dieser neuen Herausforderungen sei es richtig, den Instrumentenkasten der EZB zu überprüfen und die Effektivität der Maßnahmen auszuwerten. Auch er unterstrich, dass die Währungsunion weiter gestärkt werden müsse, insbesondere die Kapitalmarktunion, bspw. durch die Ausgabe einer sicheren europäischen Anleihe oder einen Markt für *Green Bonds*.

In der Diskussion boten sich Abgeordnete des EP als Verbündete bei der Vertiefung der WWU an und riefen zu mehr Optimismus und Zusammenarbeit auf. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) mahnte u. a. an, dass man das Vertrauen in Europa stärken müsse. Die Mitgliedstaaten müssten politische Verantwortung tragen und Reformen voranbringen. Die KOM solle ihre Rolle als Wächterin der Verträge ernster nehmen. Die Mitgliedstaaten dürften sich nicht hinter den Maßnahmen der EZB verstecken, sondern müssten ihre Reform- und Stabilitätszusagen einhalten. Die Abgeordnete **Elina Lepomäki** (Finnland) stellte die Frage, ob das aktive Auftreten der EZB auf den Kapitalmärkten in den letzten Jahren unter Umständen dazu geführt haben könnte, dass die natürliche Nachfrage nach einer Kapitalmarktunion geringer sei. Die Abgeordnete **Sabine Thillaye** (Frankreich) mahnte an, dass die Ausstattung des BICC zu gering sei. Außerdem sollte die SWKS-Konferenz anders terminiert werden und somit eine prominenter Rolle innerhalb des Europäischen Semesters spielen.

Der Abgeordnete **Efklidis Tsakalotos** (Griechenland) kritisierte, dass viele Probleme der WWU hausgemacht seien, z. B. die historisch niedrigen Investitionen, stagnierende Löhne und zunehmende Ungleichheit. Er plädierte für eine expansivere Fiskalpolitik in den Mitgliedstaaten, die Haushaltsspielräume aufwiesen. Des Weiteren sprach er an, dass das Einstimmigkeitsprinzip manchmal Reformen unmöglich mache und momentan die nordischen Mitgliedstaaten eine Vertiefung der WWU erschwerten. Der Abgeordnete **Alberto Bagnai** (Italien) kritisierte in seinem Beitrag, dass das ursprüngliche Ziel der Stabilisierung wieder aus dem BICC herausgestrichen

worden sei. Kurzfristige Schocks führten zu langfristigen Konsequenzen. Ohne eine effektive Stabilisierung würde die WWU mehr und mehr auseinanderdriften. Darüber hinaus müsse man die Fiskalregeln anpassen. Die bestehenden Regeln seien benutzt worden um eine falsche Politik zu rechtfertigen, dies müsse dringend geändert werden. MdB **Michael Theurer** (FDP) thematisierte, dass Zentralbanken wie die EZB vor allem die kurzfristigen Zinsen beeinflussen könnten, während sich die langfristigen Zinsen an den Märkten bildeten, und fragte, wie man die Banken bei den langfristigen Zinsen unterstützen könne. Zentralbankpräsident Rehn antwortete, dass die langfristigen Zinsen auch die Wachstumserwartungen beinhalten würden. Essentiell seien hier die Investitionserwartungen und Strukturreformen.

Andere Wortbeiträge thematisierten die Bedeutung und den Stand von EDIS, die Ausgestaltung und die *Governance* des Eurozonen-Budgets BICC, die Notwendigkeit einer makroökonomischen Stabilisierungsfunktion, die Notwendigkeit und den Nutzen einer Europäischen Arbeitslosenversicherung, die Ausgestaltung zukünftiger Anpassungsprogramme oder mögliche Reaktionen der EU auf den Brexit.

3.2. Was folgt nach der Europa-2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung: neue Ziele und Indikatoren?

Im ersten Kurzvortrag der Sitzung ging **Fabrice Murtin** von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auf Erkenntnisse aus dem neuen Bericht der OECD zur Ökonomie der Lebensqualität ein. Im Zuge der Untersuchung sei festgestellt worden, dass das höhere Wirtschaftswachstum der letzten Jahre nicht allen Menschen gleichermaßen zu Gute gekommen sei. Aus diesem Grund könne das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr als einziger Indikator zur Messung der Lebensqualität herangezogen werden. Die OECD habe deshalb neue Indikatoren entwickelt, mit denen Fortschritte beim Erreichen der Ziele bessere Bildung, bessere Gesundheit, besserer sozialer Schutz und mehr Geschlechtergerechtigkeit gemessen werden könnten. Investitionen in diese Bereiche könnten nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Rendite erlangen. Bei der Anpassung des finanzpolitischen Rahmens der EU sollten laut Murtin die genannten Ziele eine Rolle spielen. Zudem sei zu bedenken, dass nicht mehr, sondern bessere Ausgaben (*better spending*) wirksamer seien.

Vesa Vihriälä, Dozent an der Universität Helsinki, ging in seinem Vortrag auf die Prioritäten Klimaschutz, Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit der Strategischen Agenda 2019-2024 des Europäischen Rates ein. In der Regel würden die drei Politikbereiche getrennt betrachtet werden, jedoch könne eine bessere Kenntnis darüber, wie Maßnahmen für den einen Politikbereich auch die anderen beeinflusse, zu einer besseren Koordinierung führen. Zudem sei eine engere Verzahnung der nationalen und europäischen Ebene erforderlich. Klimaschutz sei nur mit gemeinsamen Maßnahmen der EU zu erreichen; für ein höheres Wirtschaftswachstum seien ebenfalls Bemühungen auf EU-Ebene nötig, allerdings läge die Zuständigkeit bei den Nationalstaaten. Soziale Gerechtigkeit könne durch unterschiedliche Aktionen auf beiden Ebenen erreicht werden. Er schlug vor, mit richtig aufeinander abgestimmten Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung, zur Vertiefung des Binnenmarktes und zur Verbesserung von Aus- und Weiterbildung alle Prioritäten der Strategischen Agenda gemeinsam anzugehen.

Einen Ausblick auf die Prioritäten der neuen Kommission im Bereich Wirtschaft und Finanzen sowie Soziales bot der stellvertretende Generalsekretär der KOM, **Marcel Haag**. Die Europa-2020-Strategie sei im Großen und Ganzen erfolgreich gewesen, so wäre die Finanzkrise überwunden und Wirtschaftswachstum geschaffen worden. Es seien allerdings nicht alle gesetzten Ziele erreicht worden. Trotz höherer Beschäftigung gebe es nach wie vor ein zu hohes Armutsrisiko in Europa. Die designierte Präsidentin der KOM, Ursula von der Leyen, habe bereits die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. In ihren politischen Leitlinien habe sie angekündigt, die Ziele stärker im Europäischen Semester zu verankern. Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit sollten die obersten Prioritäten aller Maßnahmen der KOM werden. Frau von der Leyen habe insgesamt sechs Bereiche ausgemacht, in denen die Anstrengungen erhöht werden müssten, vor allem im Bereich Klimawandel, der mit dem neuen europäischen *Green Deal* aufgehalten werden solle.

In der anschließenden Debatte stellten die Delegierten unterschiedliche Indikatoren und Ziele in den Vordergrund. In seinem Diskussionsbeitrag verwies Minister **Peter Strobel** (CDU) auf die Potentiale der Regionen, vor allem die der Grenzregionen. Derzeit seien diese gegenüber den Metropolen benachteiligt. In seinem Bundesland gebe es eine enge und in einigen Bereichen gut funktionierende Zusammenarbeit mit den benachbarten Regionen Luxemburg, Belgiens und Frankreichs. In manchen Politikbereichen müssten aber noch Hemmnisse abgebaut werden, z. B. bei der Entsenderichtlinie, um von einem gemeinsamen Arbeits- und Ausbildungsmarkt profitieren zu können. Mit einer europäischen Lösung könnten so aus Grenzregionen Wachstumsregionen geschaffen werden. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) hingegen betonte, dass trotz einer guten Gesamtbilanz in der

EU die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu anderen Staaten, vor allem China, verbessert werden müsse. Dafür dürfe die EU aus seiner Sicht lediglich Leitplanken setzen, innerhalb derer eine höhere Gestaltungsfreiheit als Anreiz für Unternehmen und Beschäftigte gelten könne. Die EU benötige weniger neue Reformen, sondern mehr Mut und Zuversicht für ihre Bürger. Ähnliches forderte auch der Abgeordnete **Charalampos Papadimitriou** (Griechenland). Die vollständige Überwindung der Eurokrise könne nur mit Investitionen gelingen. Vor allem in Griechenland müssten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dafür sei eine höhere Flexibilität für nationale Politiken erforderlich.

Der Abgeordnete **Clayton Bartolo** (Malta) stellte fest, dass mehr Aufmerksamkeit auf den Indikator Gleichberechtigung von Frau und Mann gelegt werden müsse. Man dürfe nicht hinnehmen, dass die Hälfte der Bevölkerung nicht von mehr Wachstum profitieren könne. Malta als eines der kleinsten EU-Mitgliedsländer habe mit die geringste Arbeitslosigkeit, was auf Maßnahmen für eine höhere Frauenerwerbstätigkeit wie kostenloser Kinderbetreuung zurückzuführen sei. Der maltesische Staat könne so Mehreinnahmen ohne Steuererhöhungen generieren. Als nächste Aktion müsse nun EU-weit die *Gender pay gap* verringert werden. MdEP **Margarida Marques** (S & D) rief die Delegierten dazu auf, nicht die Europäische Säule Sozialer Rechte zu vergessen. Diese müsse bei der Festlegung von Zielen und Indikatoren immer miteinbezogen werden. Angesichts der neuen Aufgaben der EU, vor allem bei Migration und Klimawandel sei eine entsprechende Ausgestaltung des neuen Mehrjährigen Finanzrahmens zu berücksichtigen. MdB **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßte den Ansatz einer neuen Bewertung der wirtschaftlichen Lage weg von Reichtum und hin zu Lebensqualität. Entscheidend sei es tatsächlich, sich vor allem um die Menschen zu kümmern und diese bei Klimawandel oder dem Wandel der Arbeitswelt in den Mittelpunkt zu stellen. Nur mit besserer Bildung und mehr Chancengleichheit könne die EU zukunftsfähig bleiben. Die genannten Bereiche sehe sie als vordringliche Aufgaben der Kohäsionspolitik. Fraglich sei nun, mit welchen Schwerpunkten sich dies im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) niederschlagen müsse. Eine andere Ansicht vertrat dagegen der Abgeordnete **Anne Mulder** (Niederlande). Mehr Lebensqualität sei ein erstrebenswertes Ziel, das allerdings mit höheren staatlichen Ausgaben einhergehe. Zielführender sei es, sich stärker auf die bisherigen Ziele zu konzentrieren und beispielsweise den Binnenmarkt weiter auszubauen. Grenzüberschreitender Handel, vor allem im Bereich der Dienstleistungen, Sorge für Wirtschaftswachstum. Daneben müssten in einigen Mitgliedstaaten die dringend erforderlichen Wirtschaftsreformen angegangen werden.

3.3. Anreize schaffen für öffentliche und private Investitionen in der EU

Als erste Rednerin der Sitzung präsentierte die finnische Wirtschaftsministerin **Katri Kulmuni** die anlässlich der Ratspräsidentschaft erarbeitete Langzeitstrategie für Innovationen, Investment und nachhaltiges Wachstum in Europa, die insgesamt sechs Punkte umfasse: Ausbau einer klimaneutralen Industrie, Herstellung eines innovationsfreundlichen Klimas für die Wirtschaft, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung, Übernahme einer führenden Rolle der EU in der digitalen Wirtschaft, Fortentwicklung der Qualifizierung von Beschäftigten und eine neue Konzentration auf die Handelspolitik. Die KOM habe bereits wichtige Schritte unternommen, u. a. mit dem Aktionsplan für nachhaltige Finanzierung. Bei den Investitionen sei es unerlässlich, den Privatsektor miteinzubeziehen. Außerdem müssten die einzelnen Programme wie *Horizont Europa*, *Digitales Europa* oder *InvestEU* besser miteinander verknüpft werden, damit das Ziel eines wettbewerbsfähigen, sozial inklusiven und nachhaltigen Europas erreicht werden könne.

Jyrki Katainen, Vizepräsident der KOM und Kommissar für Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, stellte dar, dass die generelle Lage der Wirtschaft in der EU positiv sei, dennoch ergäben sich durch den Brexit vermeidbare Hindernisse für mehr Wachstum und Beschäftigung. Um ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen, stellten Handelsabkommen ein wichtiges Werkzeug dar. Die EU habe sich dafür entschieden, in ihren Handelsbeziehungen nicht das Recht des Stärkeren gelten zu lassen, sondern verlässliche Abkommen zu schließen, basierend auf Rechtsstaatlichkeit und den gemeinsamen Werten. Programme wie der *Juncker-Plan*, *InvestEU* und der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) hätten dazu beigetragen zu hohen Investitionen geführt. Die KOM plane nun, mit einem Nachfolgeprogramm für EFSI Investitionen in Höhe von 650 Mrd. € zu generieren, vor allem für nachhaltige Projekte, für Forschung und für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Zudem solle Europa mit dem europäischen *Green Deal* zu einem klimaneutralen Kontinent gemacht werden.

Die zuständige Berichterstatterin für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 im EP, **Margarida Marques** (S & D) schloss sich ihrem Vorredner an, dass die Investitionen auf das Niveau von vor der Finanzkrise angestiegen seien. Sie wandte aber ein, dass die öffentlichen Investitionen noch erhöht werden müssten, vor allem in den

Bereichen Forschung und Entwicklung. Dabei dürfe der soziale Aspekt nicht vernachlässigt werden, der mit Investitionen in Menschen, konkret in den Bildungs- und Gesundheitssektor, gefördert werden könne. Aus ihrer Sicht könne Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der EU nur erhalten werden, wenn neuen Herausforderungen wie der Digitalisierung oder der Bekämpfung des Klimawandels mit entsprechenden finanziellen Mitteln begegnet werde. Das EP vertrete die Position, dass der MFR zu niedrig angesetzt sei, um sowohl traditionelle Politiken als auch neue Aufgaben zu finanzieren. Erforderlich sei ein Gesamtvolumen von 1,3 Prozent des Bruttonationalinkommens der 27 EU-Mitgliedstaaten. Marques plädierte außerdem dafür, die Kohäsionspolitik zu modernisieren, aber nicht zu kürzen.

In seinem Diskussionsbeitrag befürwortete MdB **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU) die Investitionsoffensive der KOM, denn damit könne Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität geschaffen werden. Durch öffentliche Anreize würden private Investitionen in die von Kommissar Katainen genannten Bereiche nachhaltige Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie KMU fließen. Ein großes Problem aus seiner Sicht stelle dabei aber nicht die Höhe der Mittel dar, sondern zu komplexe Ausschreibungsverfahren und zu geringe Planungs- und Baukapazitäten. Ein Abbau der zu hohen Bürokratie könne zu einer Verbesserung der Investitionstätigkeit führen. Dieser Aussage pflichtete Wirtschaftsministerin Kulmuni bei, die ergänzte, dass ein einfacher Zugang zu öffentlichen Mitteln eine wichtige Rahmenbedingung für private Investitionen sei. Kommissar Katainen wies auf positive Beispiele in einigen Mitgliedstaaten hin sowie auf Hilfestellung durch die KOM, die über deren Interesse verfügbar sei.

Ein weiteres Hindernis für private Investitionen machte der Abgeordnete **Johannes Koskinen** (Finnland) im Bankensektor aus. Er kritisierte die rigiden Eigenkapitalvorschriften nach Basel III, die vor allem die Banken trafen, die sich bislang konform verhalten hätten. Trotz aller Erfolge der Investitionsprogramme der KOM sehe er darin negative Auswirkungen für die Investitionstätigkeit in ganz Europa. MdB **Michael Theurer** (FDP) hingegen sprach sich dafür aus, vor allem privates Kapital zu aktivieren und öffentliche Mittel in Projekte mit Mehrwert zu investieren. Als Beispiel nannte er den Bereich Klimaschutz, wo Entwicklung und Produktion von Brennstoffzellen und synthetischen Kraftstoffen für einen klimaneutralen Luftverkehr sorgen könne, oder synthetische Kraftstoffe für herkömmliche Verbrennungsmotoren, um die Mobilität im ländlichen Raum zu erhalten. Zudem müsse die Abhängigkeit von China oder den USA verringert werden, indem in die Produktion von Brennstoffzellen, die im Übrigen eine europäische Erfindung seien und nun von China vermarktet würden, die Einrichtung einer europäischen *RegierungscLOUD* sowie der Ausbau eines leistungsfähigen europäischen Satellitensystems gefördert werden.

Delegierte aus den ost- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten wiesen auf die besonderen Probleme in ihren Ländern hin. Der Abgeordnete **Iulian Iancu** (Rumänien) berichte von hohen Energiepreisen in seinem Land, die das fragile Gleichgewicht von Energieversorgungssicherheit, Bekämpfung des Klimawandel und sozialer Gerechtigkeit beeinflussen würde. Er wünsche sich von der KOM einen Fahrplan mit Maßnahmen, die dafür sorgten, dass Europa sowohl Vorreiter in Sachen Klimaschutz werden könne als auch weiterhin wettbewerbsfähig bleibe. Die Abgeordnete **Agata Borowiec** (Polen) betonte, dass die osteuropäischen Länder bei den Investitionen noch aufholen müssten. *InvestEU* und EFSI seien wichtige Instrumente, daneben seien aber Wirtschaftsreformen erforderlich. Alle EU-Mitgliedstaaten würden davon profitieren, wenn die Investitionstätigkeit im Osten Europas steige. MdB **Dr. h. c. Hans Michelbach** (CDU/CSU) ging auf die von MdEP Marques erwähnte Forderung des EP ein, das Volumen des MFR müsse höher angesetzt werden. Seiner Meinung überfordere dies die Beitragszahler. Daneben plädierte er für eine klare Trennung der Zuständigkeiten, so seien die Mitgliedstaaten für Bildung und Soziales verantwortlich. Zur Erreichung der Gemeinschaftsziele aber sei eine unbürokratische Verteilung der Mittel notwendig. Dabei müsse darauf geachtet werden, im Bereich Forschung und Entwicklung weniger die großen Konzerne, sondern vor allem *Start-ups* und KMU zu fördern.

3.4 Förderung von Innovationen für nachhaltiges Wachstum

In seinem Impulsvortrag führte **Mika Anttonen**, Gründer und Vorstandsvorsitzender des finnischen Energiekonzerns St1, aus, dass es aus seiner Sicht aufgrund des Bevölkerungswachstums und zu geringer Investitionen in erneuerbare Energien aktuell unwahrscheinlich sei, dass die Pariser Klimaziele noch erreicht werden könnten. Unrealistische Klimaziele führten zur Verunsicherung privater Investoren und gefährdeten derart die erforderlichen Investitionen. Um bereits emittiertes CO₂ zu binden, seien Aufforstungen erheblichen Ausmaßes etwa in der Größe der Sahara erforderlich, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. Des Weiteren seien die Entwick-

lung neuer Antriebstechnologien und etwa zehnmal höhere jährliche Investitionen in erneuerbare Energien unabdingbar. Ferner müssten Klimaziele nicht Mitgliedstaaten, sondern einzelnen Unternehmen zugeordnet werden, da diese die erforderlichen Investitionen tätigten.

Antero Vartia, Gründer und Vorsitzender von *Compensate*, betonte in seinem Vortrag das sogenannte Verursacherprinzip: Diejenigen, die CO₂ emittierten, müssten dafür auch die Verantwortung übernehmen. Vor diesem Hintergrund erläuterte er das Konzept seiner Stiftung. Verbraucher stellten auf freiwilliger Basis bei einem Bezahlvorgang zusätzliche Mittel bereit, um die mit dem erworbenen Produkt oder der Dienstleistung verbundenen CO₂-Emissionen durch Aufforstungen an anderer Stelle auszugleichen. Für die Kompensation der Emission einer Tonne CO₂ veranschlagte seine Stiftung Mittel in Höhe von 20 Euro; für die Kompensation des Konsums eines durchschnittlichen Finnen seien jährlich 220 Euro, für einen Liter Benzin 6 Cent erforderlich. Ziel sei der Einbezug möglichst vieler Transaktionsarten und Lebensbereiche.

Jouni Keronen, Geschäftsführer der *Climate Leadership Coalition*, stellte heraus, dass für es für die Erreichung der Pariser Klimaziele erforderlich sei, die CO₂-Emissionen unter anderem in den Bereichen der Energieerzeugung, des Hochbaus und der Stahlproduktion zu reduzieren. Auch gebe es bereits vielversprechende Technologien zu Lagerung von CO₂, die weiterentwickelt werden müssten. Des Weiteren sei es erforderlich, synthetische Treibstoffe aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Zur Finanzierung dieser und weiterer Klimaschutzmaßnahmen seien Mittel aus dem Privatsektor zu mobilisieren. Wichtig seien hierbei ökonomische Anreize. Da etwa die Hälfte der Klimaschutzpolitiken in der EU in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liege, sei ferner ein systematischer Ansatz wie beispielsweise die Ausweitung der EU-Zertifikatehandels auf weitere Sektoren erforderlich.

MdB **Dr. André Berghegger** (CDU/CSU) begrüßte, dass Klimaschutz eine Priorität der finnischen Ratspräsidentschaft darstelle. In der Bevölkerung führten Klimaschutzmaßnahmen allerdings oft zu Polarisierungen. Wert müsse daher auf mehr Akzeptanz gelegt werden. In Deutschland seien der Ausstieg aus der Atomkraft und der Kohleverstromung sowie kürzlich ein Klimapakete beschlossen worden. Letzteres setze finanzielle Anreize für Klimaschutzmaßnahmen und biete einen Rahmen für die CO₂-Bepreisung sowie die Planbarkeit privater Investitionsentscheidungen. Auf europäischer Ebene sei das nachhaltige Finanzwesen von Bedeutung. Wichtig sei, die risikobasierte Regulierung bei den Banken sowie die europäischen Schuldenregeln auch bei „grünen Investitionen“ zu berücksichtigen.

MdB **Claudia Müller** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betonte, Klimaschutz sei „buchstäblich eine Frage von Krieg und Frieden.“ Die EU müsse sich ihrer Verantwortung stellen. Eine der zentralen Fragen in Deutschland laute, wie in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahmen geschaffen werden könne. Hierzu müssten die Kosten des Nicht-Handelns in der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Allgemein deutlich müsse werden, dass es zu Klimaschutz keine Alternative gebe. Das Klimapakete sei in Deutschland zwar umstritten, aber ein Anfang sei gemacht. Wichtig sei allgemein ein sektorübergreifender und technologieoffener Blick.

Die Abgeordnete **Mari Holopainen** (Finnland) forderte ein saubereres Transportsystem. Erforderlich seien mehr Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Nach dem Vorbild Kopenhagens und Amsterdams müsse zudem das Verkehrsmittel Fahrrad attraktiver gemacht werden. Außerdem sei es wichtig, neue Antriebstechnologien für Personenkraftwagen zu entwickeln. Die Abgeordnete **Anita Potoskáné Kőrösi** (Ungarn) hieß den Ansatz der finnischen Präsidentschaft gut, Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der avisierten neuen Wachstumsstrategie zu stellen. Der dort verfolgte sektorübergreifende, umfassende und integrierte Ansatz sei aus ihrer Sicht zielführend. Auch teile sie die Bedeutung, die die finnische Ratspräsidentschaft Forschung, Entwicklung und Innovation für nachhaltiges Wachstum und dem Erhalt der EU-Wettbewerbsfähigkeit beimesse. Erforderlich sei es zudem, Forschung, Ausbildung und Unternehmen noch besser miteinander zu verzahnen.

Weitere Konferenzteilnehmer betonten u. a. die Notwendigkeit von Investitionen in neue Technologien und eine klimafreundlichere Verkehrsinfrastruktur. Auch seien Verhaltensänderungen der europäischen Bevölkerung wichtig, um den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass schnelles Handeln unabdingbar sei, um die Pariser Klimaziele noch erreichen und Kosten vermeiden zu können.

Berlin, den 30. Januar 2020

Dr. André Berghegger
Delegationsleiter

